



Rede zum
1. MAI 2023
„Ungebrochen solidarisch“

Jürgen Kerner,
Hauptkassierer der IG Metall

Hamburg, 1. Mai 2023

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Erst die Pandemie, jetzt Russlands Krieg gegen die Ukraine und die Auswirkungen auch auf uns – das sind schlimme Entwicklungen auf unserem Kontinent. Die Menschen sind mit hoher Inflation und hohen Energiepreisen belastet.

Russlands Regierung bringt seit über einem Jahr Tod, Zerstörung und Leid über die Menschen in der Ukraine. Viele flüchten, auch zu uns. Viele Staaten unterstützen die Ukraine auf Basis der Charta der Vereinten Nationen mit Waffen, auch Deutschland. Putin muss den Krieg sofort beenden und die russischen Truppen aus der Ukraine abziehen! Wir unterstützen alle diplomatischen Initiativen und Bemühungen. Wir wollen Frieden und Freiheit für die Menschen in der Ukraine. Uns allen ist klar: Frieden schafft man nicht auf dem Schlachtfeld!

„Ungebrochen solidarisch“ – unser Motto zum Tag der Arbeit gilt für alle Menschen weltweit, die sich gegen Unterdrückung zur Wehr setzen. In Belarus steckt das Regime Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für Jahre ins Gefängnis und Straflager. Bis zu 15 Jahren werden Kolleginnen und Kollegen eingekerkert, weil sie sich für Demokratie und die Bildung freier Gewerkschaften einsetzen. Das dürfen wir nicht hinnehmen! Wir müssen dem Regime zeigen, dass die internationale Öffentlichkeit genau sieht, wie es die Menschenrechte mit Füßen tritt. Deshalb haben wir als IG Metall im Rahmen unserer Kooperation mit Amnesty International zum 1. Mai eine Postkartenaktion gestartet. Kolleginnen und Kollegen, geht bitte zum Stand der IG Metall und unterschreibt! Die Postkarten schicken wir dann gesammelt an die belarussische Botschaft.

TARIFRUNDEN MEISTERN

Kolleginnen und Kollegen, wir sind „ungebrochen solidarisch“ – wir stehen zusammen. Auch und gerade in schweren Zeiten! Unser Druck wirkt. Die Bundesregierung hat Hilfen auf den Weg gebracht, für die wir uns stark gemacht haben:

- die Energiepreispauschale für Beschäftigte und Azubis
- die Gaspreisbremse und die Strompreisbremse

- die Aufstockung des Wohngelds und seine Ausweitung auf zwei Millionen Haushalte, statt wie bisher 600.000
- die Erhöhung des Kindergelds

Kolleginnen und Kollegen, die Entlastungen sind wichtig für die Menschen. Wir wissen aber auch: Kräftige Lohn- und Gehaltszuwächse sind das beste Mittel gegen steigende Lebenshaltungskosten. Unsere Forderungen in den Tarifrunden 2023 waren notwendig und richtig! Genauso die Warnstreiks! Wenn die Arbeitgeber in den Verhandlungen blocken, dann geht's eben vors Tor und auf die Straße. Wir haben Tausende und Tausende Warnstreikende mobilisiert. So haben wir die Abschlüsse im öffentlichen Dienst, im Kfz-Handwerk erreicht.

Im Kfz-Handwerk steigen die Entgelte ab November um fünf Prozent, ab Oktober 2024 um weitere 3,6 Prozent. Zudem gibt es zwei Zahlungen einer Inflationsausgleichsprämie von insgesamt 2.500 Euro. Verdi hat für die Beschäftigten von Bund und Kommunen 3.000 Euro Inflationsausgleichszahlung erreicht. Die Einkommen steigen ab 1. März 2024 tabellenwirksam um einen Sockelbetrag von 200 Euro plus 5,5 Prozent. Diese Erhöhung kann sich mehr als sehen lassen: Die allermeisten Beschäftigten kriegen über elf Prozent mehr.

Bei der EVG gehen die Verhandlungen weiter. Unsere Schwestergewerkschaft hat unsere volle Solidarität, Kolleginnen und Kollegen. Ungebrochen solidarisch! In den Tarifrunden machen wir klar: Wir lassen uns von den Arbeitgebern kein Märchen der Lohn-Preis-Spirale erzählen! Das Gegenteil ist richtig. Wirtschaftliche Stabilität, wirtschaftliches Wachstum erreichen wir nur mit stabiler Kaufkraft. Und dafür brauchen die Menschen Geld in der Tasche! Gute Löhne und stabile Wirtschaft – dafür streiten und streiken wir, Kolleginnen und Kollegen! Wir bitten nicht, wir kämpfen! Für gute Löhne, für gute Arbeit, für unsere Zukunft!

TARIFFLUCHT BEKÄMPFEN

Wir haben da noch einiges vor der Brust! In Deutschland arbeiten nur noch 52 Prozent der Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben. Das ist Tarifflicht. Kolleginnen und Kollegen, wir müssen das endlich als das benennen, was es ist: Tarifflicht ist „Klassenkampf von oben“.

Ob Gehalt, Urlaubstage, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, ob Arbeitszeiten, Beschäftigungssicherung, Kündigungsfristen oder Regelungen zur betrieblichen Altersversorgung – Beschäftigte im Tarif stehen besser da. In nicht tarifgebundenen Unternehmen erhalten Beschäftigte im Schnitt gut 600 Euro weniger Bruttolohn im Monat als in tarifgebundenen. Mit Tarif heißt auch: kürzere Arbeitszeiten und in der Regel mehr Urlaub.

Arbeitgeberverbände, die die Mitgliedschaft ohne Tarifbindung zulassen, verspielen ihre Rolle als Sozialpartner! Wir fordern die Arbeitgeber auf, sich uns in Tarifverhandlungen zu stellen. Tarifverhandlungen sind kein Bällebad, aber sichern den betrieblichen und sozialen Frieden! Der Staat muss mit gutem Beispiel vorangehen. Kein Steuergeld für Unternehmen ohne Tarif! Das gilt für Aufträge des Bundes und seiner Behörden – auch für Unternehmen des Bundes wie die Deutsche Bahn. Die Regierung hat unsere Forderung aufgegriffen und im Koalitionsvertrag eine Tariftreuregelung für Vergaben des Bundes beschlossen. Gut so! Wir warten auf die Umsetzung. In Hamburg laufen Gespräche für ein Tariftreuegesetz. Das freut uns. Das muss jetzt vorangetrieben werden!

VIERTAGEWOCHE DURCHSETZEN

Kolleginnen und Kollegen, Tarifflicht bekämpfen – Tarifpolitik innovativ ausbauen. Das ist unsere Leitlinie. Laut Umfragen wünschen sich 70 Prozent der Beschäftigten eine Viertagewoche. Für viele sind Arbeitszeiten, die eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Leben zulassen, eine zentrale Komponente guter Arbeit. Das wissen wir seit Jahren.

2018 haben wir in der Metallindustrie durchgesetzt, dass Beschäftigte in bestimmten Lebenssituationen – bei Schichtarbeit, Pflege oder Kindererziehung – wählen können, ob sie mehr Geld oder mehr freie Tage wollen. Die Resonanz ist enorm: Viele entscheiden sich für freie Zeit.

In der Metall- und Elektroindustrie kennen wir die Option für eine Viertageweche. In der Stahlindustrie diskutieren wir nun erstmals einen tariflich abgesicherten Anspruch für Beschäftigte einer ganzen Branche. Thema ist die Viertageweche mit 32 Stunden bei vollem Lohnausgleich; heute werden in der Stahlindustrie 35 Stunden oder weniger gearbeitet. Wir lassen die Kirche also im Dorf. Wir brauchen aber für unsere Kumpel in der Konti-Schicht eine Zukunftsoption.

Wenn es um die Attraktivität von Arbeit geht, dann kann die Viertageweche eine Lösungsoption sein. Im Stahl, aber auch in anderen Branchen – von der Automobil- bis zur Luftfahrtindustrie drüben in Finkenwerder bei Airbus. Wir bringen Arbeit und Leben – Familie und Job – wieder besser übereinander!

FACHKRÄFTE SICHERN

Die Arbeitgeber wollen die Arbeitszeit entgrenzen, die maximale gesetzliche Arbeitszeit von zehn Stunden am Tag aufheben. Die Arbeitgeber wollen das Renteneintrittsalter erhöhen. Rente mit 68, 69, 70! Wer bietet mehr? Die Begründung der Arbeitgeber: weil Fachkräfte fehlen. Ja, die geburtenstarken Jahrgänge gehen in den verdienten Ruhestand – die Betriebe suchen händeringend Fachkräfte. Jetzt frag ich Euch: Gewinnt man Fachkräfte, wenn man ihnen anbietet: Du darfst zehn Stunden am Tag buckeln – und zwar bis Du 70 bist? Oder eventuell doch eher mit der Aussicht auf attraktive Arbeitsbedingungen, hohe Produktivität, Work-Life-Balance und vernünftiger Entlohnung?

Und wer hat den in den Corona-Jahren sofort das Personal reduziert? Obwohl wir gewarnt haben? Unternehmen wie Airbus. Und nun ist das Geschrei groß, weil Fachkräfte fehlen! Die Formel ist eigentlich ganz einfach: Gute Arbeitsbedingungen sichern Fachkräfte. Also liebe Arbeitgeber: Rauf mit den Löhnen! Sorgt für Tarifbindung! Unterschreibt gute Tarifverträge! Dann klappt es auch mit den Fachkräften aus dem In- und Ausland.

AUSBILDUNG STÄRKEN

Apropos Fachkräfte. Zu viele Arbeitgeber tun so, als ob die auf den Bäumen wachsen und als reife Früchte einfach gepflückt werden könnten. Sich kümmern, die Ausbildung stärken? Den Aufwand will man tunlichst vermeiden! Oder wie lässt sich erklären, dass

die Arbeitgeber nach Fachkräften schreien, sich aber in der Ausbildung nichts tut? In der Metall- und Elektroindustrie nehmen wir wahr, dass die Zahl der Ausbildungsplätze stagniert, ja abnimmt. Die Doppelzügigkeit der Arbeitgeber spricht Bände. Personalmittel minimieren, Gewinn maximieren! Lasst uns ihnen einen Strich durch diese Rechnung machen, Kolleginnen und Kollegen!

Jahr für Jahr verlieren wir junge Menschen im Übergang zwischen Schule und Beruf. Rund 2,33 Millionen Erwachsene bis 34 Jahre haben keinen Berufsabschluss. Statt zu jammern müssen sich die Arbeitgeber dieser jungen Menschen annehmen, sie ausbilden, sie auf dem Weg zur Fachkraft begleiten. Dafür braucht es offensichtlich mehr Druck auf die Arbeitgeber. Die duale Ausbildung ist die Basis für die Sicherung von Fachkräften!

Ende März beschloss das Bundeskabinett den Gesetzesentwurf zur Stärkung der Aus- und Weiterbildung. Eine bitternotige Reform. Aber es muss nachgebessert werden. Auch bei der Ausbildung. Gut ist, dass eine Ausbildungsgarantie verankert wird. Schlecht ist, dass sie nur in den Agenturbezirken mit Unterversorgung gelten soll. Das sind aktuell 22 von 150. Schlecht ist auch, dass Impulse für mehr betriebliche Ausbildung fehlen.

Unsere Gewerkschaftsjugend hat 2021 ihr Konzept für die umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie auf den Tisch gelegt. Wir brauchen einen Zukunftsfonds, in den alle Unternehmen einzahlen. Wer ausbildet, dem werden die Kosten aus dem Fonds gefördert. Außerdem werden zusätzliche außerbetriebliche Ausbildungsplätze finanziert. Wer nicht ausbildet, muss zahlen!

Kolleginnen und Kollegen, schauen wir 130 Kilometer in südwestliche Richtung. Nach Bremen. Dort wurde Ende März der umlagefinanzierte Ausbildungsfonds beschlossen. Alle Betriebe und Behörden zahlen jährlich in den Fonds ein und zwar 0,3 Prozent ihrer Bruttolohnsumme. Wer ausbildet, bekommt pro Auszubildenden 2.500 Euro im Jahr ausgezahlt. Durch den Festbetrag profitieren kleinere Betriebe im besonderen Maße. Zudem erhalten die Betriebe, die ausbilden, in der Regel mehr aus dem Fonds zurück, als sie eingezahlt haben. Das ist ein unbürokratisches Modell. Bremen ist Vorreiter. Nachahmung ausdrücklich empfohlen. Hier in Hamburg und in der ganzen Republik.

INDUSTRIESTROMPREIS EINFÜHREN

Kolleginnen und Kollegen, wir stehen mit unseren Arbeitsplätzen in der Transformation. Klimaschutz, Digitalisierung, Demografie und Geopolitik treiben unsere Branchen. Wir wollen den ökologischen, sozialen und demokratischen Wandel unserer Wirtschaft gestalten. Wir werden beweisen, dass Klimaschutz und Industriearbeit kein Widerspruch sind, sondern Teil der Lösung!

Wir arbeiten gewerkschaftlich in den Betrieben, in den Branchen, als Sozialpartner und mit der Politik in Berlin und Brüssel. Und wir machen Druck! Ich möchte einen neuralgischen Punkt ansprechen, der über die Zukunft unserer Industriegesellschaft entscheidet: die hohen Energiepreise, die uns als Verbraucherinnen und Verbraucher schmerzlich treffen, aber auch die Grundstoffindustrien. Gemeinsam kämpfen IG BCE, IG BAU und IG Metall für die energieintensiven Branchen. Wir haben den Energiepreisdeckel gefordert – und fordern jetzt einen Industriestrompreis.

Mit den Grundstoffindustrien beginnt – fast – alles: Autos, Schiffe, Flugzeuge, Windräder, Pumpen oder Turbinen. Sie stehen am Anfang der Wertschöpfungsketten und sichern die industrielle Basis in Deutschland und Europa. Verlieren wir sie, dann erhöhen sich unsere Abhängigkeiten drastisch. Kolleginnen und Kollegen, irgendwann ist grüner Strom von den Offshore-Windparks konkurrenzlos günstig, doch bis dahin müssen wir unsere Grundstoffindustrien absichern! Dafür brauchen wir schnell einen wettbewerbsfähigen Industriestrompreis!

Wirtschaftsminister Robert Habeck zeigt grundsätzliches Verständnis, aber keine Bereitschaft schnell zu handeln. Sein Ministerium lässt erst einmal ein Gutachten anfertigen. Das soll im Herbst vorliegen. Ich war total überrascht, als Staatssekretär Patrick Graichen letzten Mittwoch ein Konzept zum Industriestrompreis für diese Woche angekündigt hat. Ohne das Gutachten und die Debatte darum abzuwarten! Total mutig! Vielleicht geschehen noch Zeichen und Wunder! In Frankreich oder Spanien wird ein Industriestrompreis schon umgesetzt. Uns läuft die Zeit davon. Wir brauchen die Entscheidung auf jeden Fall in diesem Jahr! Deswegen sage ich: kürzer diskutieren, schneller handeln!

Kolleginnen und Kollegen, heute feiern wir unseren Tag der Arbeit. Für mich ist das ein Tag der Freude. Aber auch ein Tag der Mahnung. Am 2. Mai 1933 stürmten die Nationalsozialisten Gewerkschaftshäuser, Büros und Wohnungen. Gewerkschafterinnen wurden verschleppt, gefoltert, eingesperrt, ermordet. Dieser Tag jährt sich morgen zum 90. Mal. Vor 90 Jahren waren die Gewerkschaften weltanschaulich zerstritten.

„Schafft die Einheit“, war die Mahnung von Wilhelm Leuschner, 1933 zum stellvertretenden Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gewählt, kurz vor seiner Ermordung durch die Nazis am 29. September 1944. Die DGB-Gewerkschaften haben aus der Verfolgung und Unterdrückung die Lehre der Einheitsgewerkschaft gezogen. Nichts darf uns spalten und schwächen. Wir stehen „ungebrochen solidarisch“ zusammen, Kolleginnen und Kollegen. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Intoleranz und Verschwörungserzählungen.

Wir halten zusammen! Glück auf!